

Working Time Act (Arbeitszeitgesetz - ArbZG)

März 2008

Erster Abschnitt. Allgemeine Vorschriften

§ 1

Zweck des Gesetzes

Zweck des Gesetzes ist es

1. die Sicherheit und den Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer bei der Arbeitszeitgestaltung zu gewährleisten und die Rahmenbedingungen für flexible Arbeitszeiten zu verbessern sowie
2. den Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung der Arbeitnehmer zu schützen.

§ 2

Begriffsbestimmungen

- (1) Arbeitszeit im Sinne dieses Gesetzes ist die Zeit vom Beginn bis zum Ende der Arbeit ohne die Ruhepausen; Arbeitszeiten bei mehreren Arbeitgebern sind zusammenzurechnen. Im Bergbau unter Tage zählen die Ruhepausen zur Arbeitszeit.
- (2) Arbeitnehmer im Sinne dieses Gesetzes sind Arbeiter und Angestellte sowie die zu ihrer Berufsbildung Beschäftigten.
- (3) Nachtzeit im Sinne dieses Gesetzes ist die Zeit von 23 bis 6 Uhr, in Bäckereien und Konditoreien die Zeit von 22 bis 5 Uhr.
- (4) Nachtarbeit im Sinne dieses Gesetzes ist jede Arbeit, die mehr als zwei Stunden der Nachtzeit umfasst.
- (5) Nachtarbeitnehmer im Sinne dieses Gesetzes sind Arbeitnehmer, die
 1. auf Grund ihrer Arbeitszeitgestaltung normalerweise Nachtarbeit in Wechselschicht zu leisten haben oder
 2. Nachtarbeit an mindestens 48 Tagen im Kalenderjahr leisten.

Zweiter Abschnitt. Werktägliche Arbeitszeit und arbeitsfreie Zeiten

§ 3

Arbeitszeit der Arbeitnehmer

Die werktägliche Arbeitszeit der Arbeitnehmer darf acht Stunden nicht überschreiten. Sie kann auf bis zu zehn Stunden nur verlängert werden, wenn innerhalb von sechs Kalendermonaten oder innerhalb von 24 Wochen im Durchschnitt acht Stunden werktäglich nicht überschritten werden.

§ 4

Ruhepausen

Die Arbeit ist durch im voraus feststehende Ruhepausen von mindestens 30 Minuten bei einer Arbeitszeit von mehr als sechs bis zu neun Stunden und 45 Minuten bei einer Arbeitszeit von mehr als neun Stunden insgesamt zu unterbrechen. Die Ruhepausen nach Satz 1 können in Zeitabschnitte von jeweils mindestens 15 Minuten aufgeteilt werden. Länger als sechs Stunden hintereinander dürfen Arbeitnehmer nicht ohne Ruhepause beschäftigt werden.

§ 5

Ruhezeit

- (1) Die Arbeitnehmer müssen nach Beendigung der täglichen Arbeitszeit eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens elf Stunden haben.
- (2) Die Dauer der Ruhezeit des Absatzes 1 kann in Krankenhäusern und an deren Einrichtungen zur

Chapter 1. General Provisions

§ 1

Purpose of the Act

The purpose of the Act is:

1. to ensure the safety and protection of the health of the employees in the establishment of work shifts and to improve the general conditions for creating flexible work shifts, as well as
2. to preserve Sundays and legal holidays as days of rest and edification for the employees.

§ 2

Definition of Terms

- (1) Hours of employment (work shifts) within the meaning of this Act shall be defined as the time from the beginning to the end of the work shift minus breaks; work shifts for multiple employers are to be added together. For Underground mining, the breaks shall be included as part of the work shift.
- (2) Employees within the meaning of this Act are wage earners and salaried employees as well as trainees and apprentices.
- (3) Nighttime, within the meaning of this Act, is the time between 11:00 p.m. and 6:00 a. m., and in bakeries and pastry shops, the time between 10:00 p.m. and 5:00 a. m.
- (4) Night shift, within the meaning of this Act, is all work which is conducted during more than two hours of nighttime
- (5) Night shift workers within the meaning of this Act are employees who
 1. due to their work shifts must normally work nights in rotating shifts, or
 2. work night shifts at least 48 days in the calendar year.

Chapter 2. Work Shifts on Working Days and Breaks

§ 3

Work Shifts of the Employees

The work shifts of the employees on working days may not exceed eight hours. They may be extended to ten hours only if the average shift within six calendar months or twenty-four weeks does not exceed eight hours per working day.

§ 4

Breaks

The work shall be interrupted by previously set breaks of at least 30 minutes for a shift of more than six and up to nine hours, and 45 minutes for a shift of over nine hours in all. The breaks pursuant to sentence 1 may be split up into units of at least 15 minutes each. Employees may not work more than six hours at a stretch without a break.

§ 5

Periods of Rest

- (1) After completion of their work shift, the employees must have an uninterrupted rest period of at least eleven hours.
- (2) For employees of hospitals and other institutions devoted to the treatment, nursing and care of persons, restaurants

Behandlung, Pflege und Betreuung von Personen, in Gaststätten und anderen Einrichtungen zur Bewirtung und Beherbergung, in Verkehrsbetrieben, beim Rundfunk sowie in der Landwirtschaft und in der Tierhaltung um bis zu eine Stunde verkürzt werden, wenn jede Verkürzung der Ruhezeit innerhalb eines Kalendermonats oder innerhalb von vier Wochen durch Verlängerung einer anderen Ruhezeit auf mindestens zwölf Stunden ausgeglichen wird.

(3) Abweichend von Absatz I können in Krankenhäusern und anderen Einrichtungen zur Behandlung, Pflege und Betreuung von Personen Kürzungen der Ruhezeit durch Inanspruchnahmen während der Rufbereitschaft, die nicht mehr als die Hälfte der Ruhezeit betragen, zu anderen Zeiten ausgeglichen werden.

§ 6

Nacht- und Schichtarbeit

(1) Die Arbeitszeit der Nacht- und Schichtarbeitnehmer ist nach den gesicherten arbeitswissenschaftlichen Erkenntnissen über die menschengerechte Gestaltung der Arbeit festzulegen.

(2) Die werktägliche Arbeitszeit der Nachtarbeitnehmer darf acht Stunden nicht überschreiten. Sie kann auf bis zu zehn Stunden nur verlängert werden, wenn abweichend von § 3 innerhalb von einem Kalendermonat oder innerhalb von vier Wochen im Durchschnitt acht Stunden werktäglich nicht überschritten werden. Für Zeiträume, in denen Nachtarbeitnehmer im Sinne des § 2 Abs. 5 Nr. 2 nicht zur Nachtarbeit herangezogen werden, findet § 3 Satz 2 Anwendung.

(3) Nachtarbeitnehmer sind berechtigt, sich vor Beginn der Beschäftigung und danach in regelmäßigen Zeitabständen von nicht weniger als drei Jahren arbeitsmedizinisch untersuchen zu lassen. Nach Vollendung des 50. Lebensjahres steht Nachtarbeitnehmern dieses Recht in Zeitabständen von einem Jahr zu. Die Kosten der Untersuchungen hat der Arbeitgeber zu tragen, sofern er die Untersuchungen den Nachtarbeitnehmern nicht kostenlos durch einen Betriebsarzt oder einen überbetrieblichen Dienst von Betriebsärzten anbietet.

(4) Der Arbeitgeber hat den Nachtarbeitnehmer auf dessen Verlangen auf einen für ihn geeigneten Tagesarbeitsplatz umzusetzen, wenn

- a) nach arbeitsmedizinischer Feststellung die weitere Verrichtung von Nachtarbeit den Arbeitnehmer in seiner Gesundheit gefährdet oder
- b) im Haushalt des Arbeitnehmers ein Kind unter zwölf Jahren lebt, das nicht von einer anderen im Haushalt lebenden Person betreut werden kann, oder
- c) der Arbeitnehmer einen schwerpflegebedürftigen Angehörigen zu versorgen hat, der nicht von einem anderen im Haushalt lebenden Angehörigen versorgt werden kann, sofern dem nicht dringende betriebliche Erfordernisse entgegenstehen. Stehen der Umsetzung des Nachtarbeitnehmers auf einen für ihn geeigneten Tagesarbeitsplatz nach Auffassung des Arbeitgebers dringende betriebliche Erfordernisse entgegen, so ist der Betriebs- oder Personalrat zu hören. Der Betriebs- oder Personalrat kann dem Arbeitgeber Vorschläge für eine Umsetzung unterbreiten.

(5) Soweit keine tarifvertraglichen Ausgleichsregelungen bestehen, hat der Arbeitgeber dem Nachtarbeitnehmer für die während der Nachtzeit geleisteten Arbeitsstunden eine angemessene Zahl bezahlter freier Tage oder einen angemessenen Zuschlag auf das ihm hierfür zustehende Bruttoarbeitsentgelt zu gewähren.

(6) Es ist sicherzustellen, dass Nachtarbeitnehmer den gleichen Zugang zur betrieblichen Weiterbildung und zu aufstiegsfördernden Maßnahmen haben wie die übrigen Arbeitnehmer.

§ 7

Abweichende Regelungen

(1) In einem Tarifvertrag oder auf Grund eines Tarifvertrags in einer Betriebs- oder Dienstvereinbarung kann zugelassen

and other establishments for the provision of food and lodging, in public transport enterprises, in radio or in the area of agriculture and livestock, the duration of the rest period set forth in para. (1) may be decreased by up to one hour, provided that each decrease in the rest period is compensated for within one calendar month, or four weeks, by the extension of another period of rest to at least twelve hours.

(3) Notwithstanding para. (1), in hospitals and other institutions devoted to the treatment, nursing and care of persons, a shortening of the rest period due to a call to duty during on-call service, which does not amount to more than half of the period of rest, may be compensated for at other times.

§ 6

Night Shifts and Rotating Shifts

(1) The work shifts of those working nights and on rotating shifts shall be established in compliance with confirmed ergonomic findings with regard to the humane scheduling of work shifts.

(2) Night shifts on working days may not exceed eight hours. They may only be extended to ten hours if, notwithstanding § 3, the average shift within one calendar month or four weeks does not exceed eight hours on working days. For those periods of time in which night shift workers within the meaning of § 2 para. (5) no. 2 are not called upon to perform night shifts, § 3 sentence 2 shall apply.

(3) Night shift workers shall be entitled to medical examinations prior to beginning their employment and thereafter in regular intervals of no less than three years. Upon turning 51 years of age, night shift workers shall be entitled to such examinations on an annual basis. The costs of the examinations shall be borne by the employer if he does not offer night shift workers such examinations through a Company doctor or through a Service of Company doctor for several establishments.

(4) The employer shall transfer a night shift worker to a suitable day shift position at his request if:

- a) a medical examination has shown that further night work would endanger the health of the employee; or
- b) the employee has a child in his home under twelve years of age who cannot be cared for by another member of his household; or
- c) the employee must care for a person in need of constant nursing care who cannot be cared for by another member of his household, as long as this does not conflict with urgent operating needs. If, in the opinion of the employer, such needs are in Opposition to transferring the night shift worker to a day shift position suitable for him, the works council or staff council must hold a hearing. The works council or staff council may make suggestions to the employer for a transfer.

(5) Insofar as no compensatory provisions exist in a collective agreement, the employer must guarantee the night shift worker a reasonable number of paid days off for the hours worked on night shift or a reasonable bonus in addition to his wages.

(6) It must be ensured that night shift workers have the same access as the other employees to further training in the establishment and to measures aiding their opportunities for advancement.

§ 7

Deviating Provisions

(1) In a collective agreement or a works or Service agreement based upon a collective agreement, the following may be

werden,

1. abweichend von § 3 die Arbeitszeit über zehn Stunden werktäglich zu verlängern, wenn in die Arbeitszeit regelmäßig und in erheblichem Umfang Arbeitsbereitschaft oder Bereitschaftsdienst fällt, einen anderen Ausgleichszeitraum festzulegen,
2. abweichend von § 4 Satz 2 die Gesamtdauer der Ruhepausen in Schichtbetrieben und Verkehrsbetrieben auf Kurzpausen von angemessener Dauer aufzuteilen,
3. abweichend von § 5 Abs. 1 die Ruhezeit um bis zu zwei Stunden zu kürzen, wenn die Art der Arbeit dies erfordert und die Kürzung der Ruhezeit innerhalb eines festzulegenden Ausgleichszeitraums ausgeglichen wird, abweichend von § 6 Abs. 2
4. die Arbeitszeit über zehn Stunden werktäglich hinaus zu verlängern, wenn in die Arbeitszeit regelmäßig und in erheblichem Umfang Arbeitsbereitschaft oder Bereitschaftsdienst fällt, einen anderen Ausgleichszeitraum festzulegen,
5. den Beginn des siebenstündigen Nachtzeitraums des § 2 Abs. 3 auf die Zeit zwischen 22 und 24 Uhr festzulegen.

(2) Sofern der Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer durch einen entsprechenden Zeitausgleich gewährleistet wird, kann in einem Tarifvertrag oder auf Grund eines Tarifvertrags in einer Betriebs- oder Dienstvereinbarung ferner zugelassen werden,

1. abweichend von § 5 Abs. 1 die Ruhezeiten bei Rufbereitschaft den Besonderheiten dieses Dienstes anzupassen, insbesondere Kürzungen der Ruhezeit infolge von Inanspruchnahmen während dieses Dienstes zu anderen Zeiten auszugleichen,
2. die Regelungen der §§ 3, 5 Abs. 1 und § 6 Abs. 2 in der Landwirtschaft der Bestelungs- und Erntezeit sowie den Witterungseinflüssen anzupassen,
3. die Regelungen der §§ 3, 4, 5 Abs. 1 und § 6 Abs. 2 bei der Behandlung, Pflege und Betreuung von Personen der Eigenart dieser Tätigkeit und dem Wohl dieser Personen entsprechend anzupassen,
4. die Regelungen der §§ 3, 4, 5 Abs. 1 und § 6 Abs. 2 bei Verwaltungen und Betrieben des Bundes, der Länder, der Gemeinden und sonstigen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sowie bei anderen Arbeitgebern, die der Tarifbindung eines für den öffentlichen Dienst geltenden oder eines im wesentlichen inhaltsgleichen Tarifvertrags unterliegen, der Eigenart der Tätigkeit bei diesen Stellen anzupassen.

(2 a) In einem Tarifvertrag oder auf Grund eines Tarifvertrags in einer Betriebs- oder Dienstvereinbarung kann abweichend von den §§ 3, 5 Abs. 1 und § 6 Abs. 2 zugelassen werden, die werktägliche Arbeitszeit auch ohne Ausgleich über acht Stunden zu verlängern, wenn in die Arbeitszeit regelmäßig und in erheblichem Umfang Arbeitsbereitschaft oder Bereitschaftsdienst fällt und durch besondere Regelungen sichergestellt wird, dass die Gesundheit der Arbeitnehmer nicht gefährdet wird.

(3) Im Geltungsbereich eines Tarifvertrags nach Absatz 1, 2 oder 2 a können abweichende tarifvertragliche Regelungen im Betrieb eines nicht tarifgebundenen Arbeitgebers durch Betriebs- oder Dienstvereinbarung oder, wenn ein Betriebs- oder Personalrat nicht besteht, durch schriftliche Vereinbarung zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer übernommen werden. Können auf Grund eines solchen Tarifvertrags abweichende Regelungen in einer Betriebs- oder Dienstvereinbarung getroffen werden, kann auch in Betrieben eines nicht tarifgebundenen Arbeitgebers davon Gebrauch gemacht werden. Eine nach Absatz 2 Nr. 4 getroffene abweichende tarifvertragliche Regelung hat zwischen nicht tarifgebundenen Arbeitgebern und Arbeitneh-

permitted:

1. In deviation from § 3 to extend the work shift to over ten hours on working days if there is a substantial amount of standby or emergency Service work on a regular basis, to alter the period for which the compensation is to be rendered,
2. In deviation from § 4 sentence 2, to divide the total duration of rest breaks in plants with rotating shifts and public transport enterprises into shorter breaks of a reasonable length.
3. In deviation from § 5 para. (1), to shorten the rest breaks by up to two hours, provided that this is required by the type of work performed and the reduction of the break time is compensated for within a deadline to be determined. In deviation from § 6 (2)
4. to extend the work shift to over ten hours on working days if a substantial amount of stand-by or emergency Service work exists on a regular basis, to alter the period for which the compensation is to be rendered.
5. To set the commencement of the seven-hour night period set forth in § 2 para. (3) as the time between 10:00 p.m. and midnight.

(2) Insofar as the protection of the health of the employees is safeguarded by virtue of a corresponding compensation in time, a collective agreement or a works or Service agreement on the basis of a collective agreement may further permit the following:

1. In deviation from § 5 para. (1), to adjust the break times of employees on on-call service to suit the particularities of such service, in particular to compensate for reductions of break times resulting from being called to duty at other times during this Service.
2. In the case of agricultural workers, to adjust the provisions of §§3, 5 para. (1) and § 6 para. (2) to take planting and harvesting times into account as well as weather conditions.
3. In the case of workers employed in the treatment, nursing and care of persons, to adjust the provisions of §§ 3, 4, 5 para. (1) and § 6 para. (2) to take the particularities of these activities and the well-being of the persons being treated into account.
4. In the case of employees involved in the administration and management of the national, state, Community governments or other governmental bodies, institutions and foundations as well as those employed by other employers who are subject to the obligations of a collective agreement valid for workers in public service or one which is essentially identical in content, to adjust the provisions of §§ 3, 4, 5 para. (1) and § 6 para. (2) to take the particularities of the activities of these posts into account.

(2 a) Notwithstanding §§ 3, 4, 5 para. (1) and § 6 para. (2), a collective agreement or a works agreement or a Service agreement in the public sector on the basis of a collective agreement, may permit the work shifts on working days to be extended over eight hours, even without compensation, if a substantial amount of stand-by or emergency service work time exists on a regular basis, and it is ensured through special regulations that the health of the employees is not jeopardized.

(3) Where a collective agreement applies pursuant to para. (1) or (2), deviating contractual provisions in the establishment of an employer not bound by the contract may be adopted by virtue of works or Service agreement, or, if there is no works or personnel council, by virtue of a written agreement between the employer and the employee.² If, due to such a collective agreement, deviating provisions are made in a works or Service agreement, these provisions may also be utilized in the establishment of an employer not bound by the contract. A deviating provision in the collective agreement made pursuant to para. (2) no. 4 above is valid between employers and employees not bound by the collective bargaining agreement, providing that they have agreed to the

mern Geltung, wenn zwischen ihnen die Anwendung der für den öffentlichen Dienst geltenden tarifvertraglichen Bestimmungen vereinbart ist und die Arbeitgeber die Kosten des Betriebs überwiegend mit Zuwendungen im Sinne des Haushaltsrechts decken.

(4) Die Kirchen und die öffentlich rechtlichen Religionsgesellschaften können die in Absatz 1, 2 oder 2 a genannten Abweichungen in ihren Regelungen vorsehen. In einem Bereich, in dem Regelungen durch Tarifvertrag üblicherweise nicht getroffen werden, können Ausnahmen im Rahmen des Absatzes 1, 2 oder 2 a durch die Aufsichtsbehörde bewilligt werden, wenn dies aus betrieblichen Gründen erforderlich ist und die Gesundheit der Arbeitnehmer nicht gefährdet wird. Die Bundesregierung kann durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Ausnahmen im Rahmen des Absatzes 1 oder 2 zulassen, sofern dies aus betrieblichen Gründen erforderlich ist und die Gesundheit der Arbeitnehmer nicht gefährdet wird.

(5) Auf Grund einer Regelung nach Absatz 2 a oder den Absätzen 3 bis 5 jeweils in Verbindung mit Absatz 2 a darf die Arbeitszeit nur verlängert werden, wenn der Arbeitnehmer schriftlich eingewilligt hat. Der Arbeitnehmer kann die Einwilligung mit einer Frist von sechs Monaten schriftlich widerrufen. Der Arbeitgeber darf einen Arbeitnehmer nicht benachteiligen, weil dieser die Einwilligung zur Verlängerung der Arbeitszeit nicht erklärt oder die Einwilligung widerrufen hat.

(6) Werden Regelungen nach Absatz 1 Nr. 1 und 4, Absatz 2 Nr. 2 bis 4 oder solche Regelungen auf Grund der Absätze 3 und 4 zugelassen, darf die Arbeitszeit 48 Stunden wöchentlich im Durchschnitt von zwölf Kalendermonaten nicht überschreiten. Erfolgt die Zulassung auf Grund des Absatzes 5, darf die Arbeitszeit 48 Stunden wöchentlich im Durchschnitt von sechs Kalendermonaten oder 24 Wochen nicht überschreiten.

(7) Wird die werktägliche Arbeitszeit über zwölf Stunden hinaus verlängert, muss im unmittelbaren Anschluss an die Beendigung der Arbeitszeit eine Ruhezeit von mindestens elf Stunden gewährt werden.

§ 8 Gefährliche Arbeiten

Die Bundesregierung kann durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates für einzelne Beschäftigungsbereiche, für bestimmte Arbeiten oder für bestimmte Arbeitnehmergruppen, bei denen besondere Gefahren für die Gesundheit der Arbeitnehmer zu erwarten sind, die Arbeitszeit über § 3 hinaus beschränken, die Ruhepausen und Ruhezeiten über die §§ 4 und 5 hinaus ausdehnen, die Regelungen zum Schutz der Nacht- und Schichtarbeiter in § 6 erweitern und die Abweichungsmöglichkeiten nach § 7 beschränken, soweit dies zum Schutz der Gesundheit der Arbeitnehmer erforderlich ist.² Satz 1 gilt nicht für Beschäftigungsbereiche und Arbeiten in Betrieben, die der Bergaufsicht unterliegen.

Dritter Abschnitt. Sonn- und Feiertagsruhe

§ 9 Sonn- und Feiertagsruhe

- (1) Arbeitnehmer dürfen an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen von 0 bis 24 Uhr nicht beschäftigt werden.
- (2) In mehrschichtigen Betrieben mit regelmäßiger Tag- und Nachtschicht kann Beginn oder Ende der Sonn- und Feiertagsruhe um bis zu sechs Stunden vor- oder zurückverlegt werden, wenn für die auf den Beginn der Ruhezeit folgenden 24 Stunden der Betrieb ruht.
- (3) Für Kraftfahrer und Beifahrer kann der Beginn der 24stündigen Sonn- und Feiertagsruhe um bis zu zwei Stunden vorverlegt werden.

§ 10 Sonn- und Feiertagsbeschäftigung

(1) Sofern die Arbeiten nicht an Werktagen vorgenommen

application of those collective agreement provisions which apply to those engaged in public Service, and the employers cover the costs of the establishment primarily with subsidies within the meaning of budgetary law.

(4) Churches and public law religious societies may incorporate the deviations set forth in para. (1) or (2) into their regulations. In an area where provisions are generally not contained by collective agreements, exceptions within the framework of para. (1), (2) or (2 a) may be approved by the supervisory authority if this is necessary for operational reasons and does not endanger the health of the employees. The Federal Government may pass a regulation with approval from the Upper House of Parliament (Bundesrat) permitting exceptions within the framework of para. (1) or (2) insofar as this is necessary for operational reasons and it does not endanger the health of the employees.

(5) The work shifts may only be extended on the basis of a provision in para. (2 a) or paras. (3) to (5) each in connection with para. (2 a) with the written consent of the employee. The employee may revoke such consent in writing with six months' advance notice. The employer may not disadvantage an employee for refusing to declare or revoking his consent.

(6)¹ If regulations are permitted pursuant to para. (1) nos. 1 and 4, (2) nos. 2 to 4 or on the basis of paras. (3) and (4), the work shifts may not exceed an average of 48 hours per week in twelve calendar months.² If the permission derives from para. (5), the work shift may not exceed an average 48 hours within a six calendar months or 24 weeks.

(7) If the work shift on working days is extended beyond twelve hours, then immediately after the end of the shift, a rest period of at least eleven hours must be granted.

§ 8 Dangerous Work

In the case of individual sectors, certain occupations or certain groups of employees where particular danger to the health of the employees is to be expected, the Federal Government may pass a regulation with the ratification of the Upper House of Parliament (Bundesrat) limiting the working time beyond § 3, extending the breaks and time off beyond §§ 4 and 5, expanding the provisions governing the protection of night shift and shift workers beyond § 6 and limiting the possibilities for deviating from such rules pursuant to § 7, insofar as this is necessary for the safe-guarding of the health of the employees.² Sentence 1 does not apply to sectors and jobs in establishments subject to the supervision of the mining authorities.

Chapter 3. Sunday and Holiday Rest Periods

§ 9 Sunday and Holiday Rest Periods

- Employees may not be scheduled to work on Sundays and holidays between midnight and midnight.
- (2) In establishments with multiple shifts and regular day and night shifts, the beginning or the end of the Sunday and holiday days off may be put forward or back by up to six hours if the establishment will then be inactive for the 24 hours following the beginning of this period.
 - (3) In the case of truck drivers and co-drivers, the beginning of the 24-hour Sunday and holiday days off may be put forward by up to two hours.

§ 10 Sunday and Holiday Work

- (1) Where the work cannot be performed on working days,

werden können, dürfen Arbeitnehmer an Sonn- und Feiertagen abweichend von § 9 beschäftigt werden

1. in Not- und Rettungsdiensten sowie bei der Feuerwehr,
2. zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung so wie der Funktionsfähigkeit von Gerichten und Behörden und für Zwecke der Verteidigung,
3. in Krankenhäusern und anderen Einrichtungen zur Behandlung, Pflege und Betreuung von Personen,
4. in Gaststätten und anderen Einrichtungen zur Bewirtung und Beherbergung sowie im Haushalt,
5. bei Musikaufführungen, Theatervorstellungen, Filmvorführungen, Schaustellungen, Darbietungen und anderen ähnlichen Veranstaltungen,
6. bei nichtgewerblichen Aktionen und Veranstaltungen der Kirchen, Religionsgesellschaften, Verbände, Vereine, Parteien und anderer ähnlicher Vereinigungen,
7. beim Sport und in Freizeit-, Erholungs- und Vergnügungseinrichtungen, beim Fremdenverkehr sowie in Museen und wissenschaftlichen Präsenzbibliotheken,
8. beim Rundfunk, bei der Tages- und Sportpresse, bei Nachrichtenagenturen sowie bei den der Tagesaktualität dienenden Tätigkeiten für andere Presseerzeugnisse einschließlich des Austragens, bei der Herstellung von Satz, Filmen und Druckformen für tagesaktuelle Nachrichten und Bilder, bei tagesaktuellen Aufnahmen auf Ton- und Bildträger sowie beim Transport und Kommissionieren von Presseerzeugnissen, deren Ersterscheinungstag am Montag oder am Tag nach einem Feiertag liegt,
9. bei Messen, Ausstellungen und Märkten im Sinne des Titels IV der Gewerbeordnung sowie bei Volksfesten,
10. in Verkehrsbetrieben sowie beim Transport und Kommissionieren von leichtverderblichen Waren im Sinne des § 30 Abs. 3 Nr. 2 der Straßenverkehrsordnung,
11. in den Energie- und Wasserversorgungsbetrieben sowie in Abfall- und Abwasserentsorgungsbetrieben,
12. in der Landwirtschaft und in der Tierhaltung sowie in Einrichtungen zur Behandlung und Pflege von Tieren,
13. im Bewachungsgewerbe und bei der Bewachung von Betriebsanlagen,
14. bei der Reinigung und Instandhaltung von Betriebseinrichtungen, soweit hierdurch der regelmäßige Fortgang des eigenen oder eines fremden Betriebs bedingt ist, bei der Vorbereitung der Wiederaufnahme des vollen werktägigen Betriebs sowie bei der Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit von Datennetzen und Rechnersystemen,
15. zur Verhütung des Verderbens von Naturerzeugnissen oder Rohstoffen oder des Misslingens von Arbeitsergebnissen sowie bei kontinuierlich durchzuführenden Forschungsarbeiten,
16. zur Vermeidung einer Zerstörung oder erheblichen Beschädigung der Produktionseinrichtungen.

(2) Abweichend von § 9 dürfen Arbeitnehmer an Sonn- und Feiertagen mit den Produktionsarbeiten beschäftigt werden, wenn die infolge der Unterbrechung der Produktion nach Absatz 1 Nr. 14 zulässigen Arbeiten den Einsatz von mehr Arbeitnehmern als bei durchgehender Produktion erfordern.

(3) Abweichend von § 9 dürfen Arbeitnehmer an Sonn- und Feiertagen in Bäckereien und Konditoreien für bis zu drei Stunden mit der Herstellung und dem Austragen oder Ausfahren von Konditorwaren und an diesem Tag zum Verkauf kommenden Bäckerwaren beschäftigt werden.

(4) Sofern die Arbeiten nicht an Werktagen vorgenommen werden können, dürfen Arbeitnehmer zur Durchführung des Eil- und Großbetragszahlungsverkehrs und des Geld-, Devisen-, Wertpapier- und Derivatehandels abweichend von § 9 Abs. 1 an den auf einen Werktag fallenden Feiertagen beschäftigt werden, die nicht in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union Feiertage sind.

the employers may, notwithstanding § 9, assign employees shifts on Sundays and holidays under the following circumstances:

1. for workers in emergency and rescue Services as well as the Fire Department;
2. to maintain public safety and order as well as for the function of courts and governmental agencies and for purposes of defense;
3. in hospitals and other institutions devoted to the treatment, nursing and care of persons;
4. in restaurants and other establishments for the provision of food and lodging as well as in households;
5. for musical and theatrical performances, film showings, exhibitions, performances and other similar programs,
6. for non-commercial events and programs held by churches, religious societies, associations, clubs, political parties and other similar organizations;
7. for sports events and in leisure, recreational and amusement establishments, tourist Offices as well as museums and scientific reference libraries;
8. for workers in radio, daily and sports newspapers, wire Services as well as activities involved in the timely preparation of other press media including delivery, typesetting, producing film and printing forms for current news and pictures, for sound and image recording as well as the transport and commissioning of news products which are to appear on Monday or the day after a holiday;
9. for trade fairs, exhibits and markets within the meaning of Title IV of the Trade Code (Gewerbeordnung) as well as for public celebrations (Volksfesten);
10. in public transport works as well as for the transport and commissioning of perishable goods within the meaning of § 30 para. (3) No. 2 of the Traffic Code (Straßenverkehrsordnung);
11. in the energy and water supply works as well as in waste and sewage disposal works;
12. in agriculture and livestock businesses as well as in establishments for the treatment and care of animals;
13. in security Services and while guarding industrial plants;
14. during the cleaning and maintaining of plant equipment insofar as the regular continuation of the employer's own Operation or that of another is dependent upon this, during preparations for the resumption of the full workday operations as well as in maintaining the functionality of data networks and Computer Systems;
15. for the prevention of spoilage of natural products or raw materials or the prevention of factors which may seriously impede production, as well as during research which must be conducted on a continuous basis;
16. to avoid the destruction or severe damaging of manufacturing equipment;

(2) Notwithstanding § 9, employees may be put to work on production on Sundays and holidays provided that the work permitted due to the interruption of production pursuant to para. (1) no. 14 requires a greater number of employees than would be needed for ongoing production.

(3) Notwithstanding § 9, employees may be put to work on the production and delivery of confectioneries and bakery products for sale on the day in bakeries and confectioneries on Sun days and on holidays for up to three hours.

(4) Notwithstanding § 9 para. (1), to the extent the work cannot be carried forward to working days, employees may be put to work on the transaction of urgent and large sum payments and of money, foreign currency, share and derivative dealings on holidays that fall on working days but which are not holidays in all member states of the European Union.

§ 11

Ausgleich für Sonn- und Feiertagsbeschäftigung

- (1) Mindestens 15 Sonntage im Jahr müssen beschäftigungsfrei bleiben.
- (2) Für die Beschäftigung an Sonn- und Feiertagen gelten die §§ 3 bis 8 entsprechend, jedoch dürfen durch die Arbeitszeit an Sonn- und Feiertagen die in den §§ 3, 6 Abs. 2, §§ 7 und 21 a Abs. 4 bestimmten Höchstarbeitszeiten und Ausgleichszeiträume nicht überschritten werden.
- (3) Werden Arbeitnehmer an einem Sonntag beschäftigt, müssen sie einen Ersatzruhetag haben, der innerhalb eines den Beschäftigungstag einschließenden Zeitraums von zwei Wochen zu gewähren ist. Werden Arbeitnehmer an einem auf einen Werktag fallenden Feiertag beschäftigt, müssen sie einen Ersatzruhetag haben, der innerhalb eines den Beschäftigungstag einschließenden Zeitraums von acht Wochen zu gewähren ist.
- (4) Die Sonn- oder Feiertagsruhe des § 9 oder der Ersatzruhetag des Absatzes 3 ist den Arbeitnehmern unmittelbar in Verbindung mit einer Ruhezeit nach § 5 zu gewähren, soweit dem technische oder arbeitsorganisatorische Gründe nicht entgegenstehen.

§ 12

Abweichende Regelungen

- In einem Tarifvertrag oder auf Grund eines Tarifvertrags in einer Betriebs- oder Dienstvereinbarung kann zugelassen werden,
1. abweichend von § 11 Abs. 1 die Anzahl der beschäftigungsfreien Sonntage in den Einrichtungen des § 10 Abs. 1 Nr. 2, 3, 4 und 10 auf mindestens zehn Sonntage, im Rundfunk, in Theaterbetrieben, Orchestern sowie bei Schaustellungen auf mindestens acht Sonntage, in Filmtheatern und in der Tierhaltung auf mindestens sechs Sonntage im Jahr zu verringern,
 2. abweichend von § 11 Abs. 3 den Wegfall von Ersatzruhetagen für auf Werktage fallende Feiertage zu vereinbaren oder Arbeitnehmer innerhalb eines festzulegenden Ausgleichszeitraums beschäftigungsfrei zu stellen,
 3. abweichend von § 11 Abs. 1 bis 3 in der Seeschifffahrt die den Arbeitnehmern nach diesen Vorschriften zustehenden freien Tage zusammenhängend zu geben,
 4. abweichend von § 11 Abs. 2 die Arbeitszeit in vollkontinuierlichen Schichtbetrieben an Sonn- und Feiertagen auf bis zu zwölf Stunden zu verlängern, wenn dadurch zusätzliche freie Schichten an Sonn- und Feiertagen erreicht werden § 7 Abs. 3 bis 6 findet Anwendung.

§ 13

Ermächtigung, Anordnung, Bewilligung

- (1) Die Bundesregierung kann durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates zur Vermeidung erheblicher Schäden unter Berücksichtigung des Schutzes der Arbeitnehmer und der Sonn- und Feiertagsruhe
1. die Bereiche mit Sonn- und Feiertagsbeschäftigung nach § 10 sowie die dort zugelassenen Arbeiten näher bestimmen,
 2. über die Ausnahmen nach § 10 hin aus weitere Ausnahmen abweichend von §9
 - a) für Betriebe, in denen die Beschäftigung von Arbeitnehmern an Sonn- oder Feiertagen zur Befriedigung täglicher oder an diesen Tagen besonders hervortretender Bedürfnisse der Bevölkerung erforderlich ist,
 - b) für Betriebe, in denen Arbeiten vorkommen, deren Unterbrechung oder Aufschub
 - aa) nach dem Stand der Technik ihrer Art nach nicht oder nur mit erheblichen Schwierigkeiten möglich ist,
 - bb) besondere Gefahren für Leben oder Gesundheit der Arbeitnehmer zur Folge hätte,
 - cc) zu erheblichen Belastungen der Umwelt oder der Energie- oder Wasserversorgung führen würde,
 - c) aus Gründen des Gemeinwohls, insbesondere auch

§ 11

Compensation for Sunday and Holiday Work

- (1) At least fifteen Sundays per year must be without work.
- (2) For Sunday and holiday work, §§ 3 to 8 apply accordingly, however the amount of time worked on Sundays and holidays may not exceed the maximum working times and deadlines for compensation set forth in §§3, 6 para. (2) §§ 7 and 21 a para. (4).
- (3) Should employees be assigned Sunday work, they must be granted a substitute day off, which shall fall within a two week period encompassing the Sunday worked.² Should employees be assigned work on a holiday which falls on a working day, they shall be granted a substitute day off, which shall fall within an eight-week period encompassing the holiday worked.
- (4) The Sunday and holiday day of rest pursuant to § 9, or the substitute day off pursuant to para. (3), shall be granted to the employee in direct connection to a time of rest pursuant to § 5, insofar as there are no technical or organizational reasons opposing this.

§ 12

Deviating Provisions

- The following may be permitted in a collective bargaining agreement or a works or service agreement in the public sector based upon a collective bargaining agreement:
1. In deviation from § 11 para. (1), to reduce the number of Sundays on which may not be worked in those establishments, as set forth in § 10 para. (1) nos. 2, 3, 4 and 10, to at least ten Sundays; in radio, theater companies and orchestras as well as performances to at least eight Sundays, in cinemas and livestock facilities to at least six Sundays per year;
 2. in deviation from § 11 para. (3), to agree not to provide a substitute day off for holidays falling on working days or to give employees time off within a period of time to be determined;
 3. in deviation from § 11 paras. (1) to in the case of maritime shipping, to schedule consecutive days off to which the employees are entitled pursuant to this provision;
 4. in deviation from § 11 para. (2), to extend the working time on Sundays and holidays to up to twelve hours in establishments with continuous shifts, provided that this will result in additional free shifts on Sundays and holidays. § 7 paras. (3) to (6) shall apply.

§ 13

Empowerment, Decree, Permits

- (1) In order to avoid substantial damage, and with due regard to the safe-guarding of the employees and their days of rest on Sundays and holidays, the Federal Government may issue an ordinance, to be ratified by the Upper House of Parliament,
1. more specifically defining the areas in which Sunday and holiday work is permitted pursuant to § 10;
 2. in deviation from § 9, permitting exceptions over and above those set forth in § 10
 - a) for enterprises in which the scheduling of employees to work Sundays or holidays is necessary in order to meet needs of the population which arise on a daily basis or particularly on such days;
 - b) for enterprises in which tasks arise, the Interruption or deferment of which would
 - aa) in light of the current state of technology, be impossible or present grave difficulties,
 - bb) result in particular danger to the life or health of the employees,
 - cc) lead to significant pollution of the environment or burden on the energy or water supply,
 - c) in the interests of common welfare, in particular for

zur Sicherung der Beschäftigung, zulassen und die zum Schutz der Arbeitnehmer und der Sonn- und Feiertagsruhe notwendigen Bedingungen bestimmen.

(2) Soweit die Bundesregierung von der Ermächtigung des Absatzes 1 Nr. 2 Buchstabe a keinen Gebrauch gemacht hat, können die Landesregierungen durch Rechtsverordnung entsprechende Bestimmungen erlassen. Die Landesregierungen können diese Ermächtigung durch Rechtsverordnung auf oberste Landesbehörden übertragen.

(3) Die Aufsichtsbehörde kann

1. feststellen, ob eine Beschäftigung nach § 10 zulässig ist,
2. abweichend von § 9 bewilligen, Arbeitnehmer zu beschäftigen

- a) Im Handelsgewerbe an bis zu zehn Sonn- und Feiertagen im Jahr, an denen besondere Verhältnisse einen erweiterten Geschäftsverkehr erforderlich machen,
- b) an bis zu fünf Sonn- und Feiertagen im Jahr, wenn besondere Verhältnisse zur Verhütung eines unverhältnismäßigen Schadens dies erfordern,
- c) an einem Sonntag im Jahr zur Durchführung einer gesetzlich vorgeschriebenen Inventur,

und Anordnungen über die Beschäftigungszeit unter Berücksichtigung der für den öffentlichen Gottesdienst bestimmten Zeit treffen.

(4) Die Aufsichtsbehörde soll abweichend von § 9 bewilligen, dass Arbeitnehmer an Sonn- und Feiertagen mit Arbeiten beschäftigt werden, die aus chemischen, biologischen, technischen oder physikalischen Gründen einen ununterbrochenen Fortgang auch an Sonn- und Feiertagen erfordern.

(5) Die Aufsichtsbehörde hat abweichend von § 9 die Beschäftigung von Arbeitnehmern an Sonn- und Feiertagen zu bewilligen, wenn bei einer weitgehenden Ausnutzung der gesetzlich zulässigen wöchentlichen Betriebszeiten und bei längeren Betriebszeiten im Ausland die Konkurrenzfähigkeit unzumutbar beeinträchtigt ist und durch die Genehmigung von Sonn- und Feiertagsarbeit die Beschäftigung gesichert werden kann.

Vierter Abschnitt.

Ausnahmen in besonderen Fällen

§ 14

Außergewöhnliche Fälle

(1) Von den §§ 3 bis 5, 6 Abs. 2, §§ 7, 9 bis 11 darf abgewichen werden bei vorübergehenden Arbeiten in Notfällen und in außergewöhnlichen Fällen, die unabhängig vom Willen der Betroffenen eintreten und deren Folgen nicht auf andere Weise zu beseitigen sind, besonders wenn Rohstoffe oder Lebensmittel zu verderben oder Arbeitsergebnisse zu misslingen drohen.

(2) Von den §§ 3 bis 5, 6 Abs. 2, §§ 7, 11 Abs. I bis 3 und § 12 darf ferner abgewichen werden,

- a) wenn eine verhältnismäßig geringe Zahl von Arbeitnehmern vorübergehend mit Arbeiten beschäftigt wird, deren Nichterledigung das Ergebnis der Arbeiten gefährden oder einen unverhältnismäßigen Schaden zur Folge haben würden,
- b) bei Forschung und Lehre, bei unaufschiebbaren Vor- und Abschlussarbeiten sowie bei unaufschiebbaren Arbeiten zur Behandlung, Pflege und Betreuung von Personen oder zur Behandlung und Pflege von Tieren an einzelnen Tagen, wenn dem Arbeitgeber andere Vorkehrungen nicht zugemutet werden können.

(3) Wird von den Befugnissen nach Absatz 1 oder 2 Gebrauch gemacht, darf die Arbeitszeit 48 Stunden wöchentlich im Durchschnitt von sechs Kalendermonaten oder 24 Wochen nicht überschreiten.

§ 15

Bewilligung, Ermächtigung

(1) Die Aufsichtsbehörde kann

1. eine von den §§ 3, 6 Abs. 2 und § 11 Abs. 2

securing the employment, and determine the conditions necessary for the protection of the employees and of the days of rest on Sundays and holidays.

(2) Insofar as the Federal Republic has not made use of the empowerment pursuant to para. (1) no. 2 a, the state (Land) governments may issue corresponding ordinances. The state governments may transfer this empowerment to the highest governmental agencies of the state by virtue of an ordinance.

(3) The regulatory authority may

1. determine whether work pursuant to § 10 is permissible,
2. notwithstanding § 9, permit employees to be scheduled to work

- a) in trading enterprises, up to ten Sundays and holidays per year if special circumstances necessitate expanded business operations,
- b) up to five Sundays and holidays per year, if special circumstances necessitate it in order to prevent a disproportionate degree of damage
- c) one Sunday per year in order to carry out a legally mandatory inventory,

and issue directives on work times, giving due consideration to the time scheduled for public church Services.

(4) Notwithstanding § 9, the regulatory authority shall permit workers to be scheduled on Sundays and holidays to perform tasks which, for chemical, biological, technical or physical reasons, must be performed continuously, even on Sundays and holidays.

(5) Notwithstanding § 9, the regulatory authority must approve the assignment of workers to shifts on Sundays and holidays, providing that, although the Company is extensively utilizing the legally permissible amount of operating hours per week, the fact that foreign companies are permitted longer working weeks impairs the competitiveness of the Company to an unreasonable extent, and that this could be counteracted by approving Sunday and holiday work.

Chapter 4.

Exceptions in Special Cases

§ 14

Extraordinary Cases

(1) Deviations from §§ 3 to 5, 6 para. (2), §§ 7 and 9 to 11 may be made for work performed on a temporary basis in the event of emergencies and extraordinary cases which arise independent of the will of those affected, when the consequences thereof cannot be eliminated in any other way, particularly if the threat of spoilage of raw materials or foodstuffs or of impediment to production exists.

(2) Furthermore, provided that the employer cannot reasonably be expected to make other arrangements, deviations from §§ 3 to 5, 6 para. (2), §§ 7 and 11 paras. (1) to (3) and § 12 may be made in the following cases:

- a) if a relatively low number of employees are assigned work on a temporary basis, the non-performance of which would endanger the results of the work or result in a disproportionate degree of damage;
- b) in the case of research and teaching, during preparatory and finishing work which cannot be rescheduled, as well as tasks which cannot be rescheduled with regard to the treatment, nursing and care of persons, or treatment and care of animals on individual days.

(3) If the powers granted under para. (1) or (2) are utilized, the work shift may not exceed an average of 48 hours per week within six calendar months or 24 weeks.

§ 15

Permits, Empowerment

(1) The regulatory authority may issue permits in the following cases:

- abweichende längere tägliche Arbeitszeit bewilligen
 - a) für kontinuierliche Schichtbetriebe zur Erreichung zusätzlicher Freischichten,
 - b) für Bau- und Montagestellen,
2. eine von den §§ 3, 6 Abs. 2 und § 11 Abs. 2 abweichende längere tägliche Arbeitszeit für Saison- und Kampagnebetriebe für die Zeit der Saison oder Kampagne bewilligen, wenn die Verlängerung der Arbeitszeit über acht Stunden werktäglich durch eine entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit zu anderen Zeiten ausgeglichen wird,
3. eine von den §§ 5 und 11 Abs. 2 abweichende Dauer und Lage der Ruhezeit bei Arbeitsbereitschaft, Bereitschaftsdienst und Rufbereitschaft den Besonderheiten dieser Inanspruchnahmen im öffentlichen Dienst entsprechend bewilligen,
4. eine von den §§ 5 und 11 Abs. 2 abweichende Ruhezeit zur Herbeiführung eines regelmäßigen wöchentlichen Schichtwechsels zweimal innerhalb eines Zeitraums von drei Wochen bewilligen.

(2) Die Aufsichtsbehörde kann über die in diesem Gesetz vorgesehenen Ausnahmen hinaus weitergehende Ausnahmen zulassen, soweit sie im öffentlichen Interesse dringend nötig werden.

(3) Das Bundesministerium der Verteidigung kann in seinem Geschäftsbereich durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit aus zwingenden Gründen der Verteidigung Arbeitnehmer verpflichten, über die in diesem Gesetz und in den auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen und Tarifverträgen festgelegten Arbeitszeitgrenzen und -beschränkungen hinaus Arbeit zu leisten.

(4) Werden Ausnahmen nach Absatz 1 oder 2 zugelassen, darf die Arbeitszeit 48 Stunden wöchentlich im Durchschnitt von sechs Kalendermonaten oder 24 Wochen nicht überschreiten.

Fünfter Abschnitt. Durchführung des Gesetzes

§ 16

Aushang und Arbeitszeitnachweise

(1) Der Arbeitgeber ist verpflichtet, einen Abdruck dieses Gesetzes, der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen, für den Betrieb geltenden Rechtsverordnungen und der für den Betrieb geltenden Tarifverträge und Betriebs- oder Dienstvereinbarungen im Sinne des § 7 Abs. 1 bis 3, §§ 12 und 21 a Abs. 6 an geeigneter Stelle im Betrieb zur Einsichtnahme auszulegen oder auszuhängen.

(2) Der Arbeitgeber ist verpflichtet, die über die werktägliche Arbeitszeit des § 3 Satz 1 hinausgehende Arbeitszeit der Arbeitnehmer aufzuzeichnen und ein Verzeichnis der Arbeitnehmer zu führen, die in eine Verlängerung der Arbeitszeit gemäß § 7 Abs. 7 eingewilligt haben.² Die Nachweise sind mindestens zwei Jahre aufzubewahren.

§ 17

Aufsichtsbehörde

(1) Die Einhaltung dieses Gesetzes und der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen wird von den nach Landesrecht zuständigen Behörden (Aufsichtsbehörden) überwacht.

(2) Die Aufsichtsbehörde kann die erforderlichen Maßnahmen anordnen, die der Arbeitgeber zur Erfüllung der sich aus diesem Gesetz und den auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen ergebenden Pflichten zu treffen hat.

(3) Für den öffentlichen Dienst des Bundes sowie für die bundesunmittelbaren Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts werden die Aufgaben und Befugnisse der Aufsichtsbehörde vom zuständigen Bundesministerium oder den von ihm bestimmten Stellen wahrgenommen; das gleiche gilt für die Befugnisse nach § 15 Abs. 1 und 2.

(4) Die Aufsichtsbehörde kann vom Arbeitgeber die für die

1. for a longer daily workshift notwithstanding §§ 3, 6 para. (2) and 11 para. (2)

a) for continuous shift work to attain extra free shifts,
b) for construction and assembly positions;

2. for a longer daily work shift notwithstanding §§ 3, 6 para. (2) and 11 para. (2) for seasonal businesses and campaign activities during the time of the season or the campaign, provided that the extension of the shift to over eight hours per workday is compensated by a corresponding reduction of the shift during other times;

3. for a deviation from §§ 5 and 11 para. (2) with regard to the duration and scheduling of the rest time in case of stand-by duty, emergency Service and on-call Service, in accordance with the particularities of the use of these Services in public Service occupations;

4. for a deviation from §§ 5 and 11 para. (2) with regard to the rest time in order to effect a regular weekly shift change twice in every three-week period.

(2) The regulatory authority may permit exceptions above and beyond those set forth in this Act, insofar as they are of urgent necessity to the public interest.

(3) In cases of urgent necessity, the Federal Defense Ministry may conscript employees for defense purposes by virtue of the issuance of an ordinance, ratified by the Federal Ministry for Economics and Labour, to work shifts which go beyond the work shift limitations and restrictions set forth in this Act and in ordinances and collective agreements based upon this Act.

(4) If exceptions are permitted pursuant to para. (1) or (2), the work shift may not exceed an average of 48 hours per week within six calendar months or 24 weeks.

Chapter 5. Implementation of the Act

§ 16

Display of Notice and of Working Hours

(1) The employer shall display or post a copy of this Act for inspection in an appropriate place in the establishment, as well as any ordinances issued on the basis of this Act, and the collective bargaining agreements and works or service agreements within the meaning of § 7 paras. (1) to (3), § 12 and 21 a para (6) which are applicable to the establishment.

(2) The employer shall make a record of the times worked by employees on working days in excess of the times set forth in § 3 sent. 1 and a list of the employees who have consented to an extension of the work shift pursuant to § 7 para. (7). Such proof shall be kept for at least two years.

§ 17

Regulatory Authority

(1) Compliance with this Act and any ordinances enacted on the basis of this Act shall be supervised by the competent agency (regulatory authority) pursuant to the laws of the state (Land).

(2) The regulatory authority may decree the necessary measures which the employer must take in order to fulfill the duties arising from this Act and the ordinances enacted on the basis of this Act.

(3) In the case of federal public Service as well as for bodies, institutions and public foundations immediately linked with the Federal Government, the tasks and powers of the regulatory authority shall be assumed by the competent Federal Ministry or those appointed by it; the same holds for the powers pursuant to § 15 paras. (1) and (2).

(4) The regulatory authority may demand that the employer

Durchführung dieses Gesetzes und der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen erforderlichen Auskünfte verlangen. Sie kann ferner vom Arbeitgeber verlangen, die Arbeitszeitanzeige und Tarifverträge oder Betriebs- oder Dienstvereinbarungen im Sinne des § 7 Abs. 1 bis 3, §§ 12 und 21 a Abs. 6 vorzulegen oder zur Einsicht einzusenden.

(5) Die Beauftragten der Aufsichtsbehörde sind berechtigt, die Arbeitsstätten während der Betriebs- und Arbeitszeit zu betreten und zu besichtigen; außerhalb dieser Zeit oder wenn sich die Arbeitsstätten in einer Wohnung befinden, dürfen sie ohne Einverständnis des Inhabers nur zur Verhütung von dringenden Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung betreten und besichtigt werden. Der Arbeitgeber hat das Betreten und Besichtigen der Arbeitsstätten zu gestatten. Das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 des Grundgesetzes) wird insoweit eingeschränkt.

(6) Der zur Auskunft Verpflichtete kann die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung ihn selbst oder einen der in § 383 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 der Zivilprozeßordnung bezeichneten Angehörigen der Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder eines Verfahrens nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten aussetzen würde.

Sechster Abschnitt. Sonderregelungen

§ 18 Nichtanwendung des Gesetzes

- (1) Dieses Gesetz ist nicht anzuwenden auf
1. leitende Angestellte im Sinne des § 5 Abs. 3 des Betriebsverfassungsgesetzes sowie Chefärzte,
 2. Leiter von öffentlichen Dienststellen und deren Vertreter sowie Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst, die zu selbständigen Entscheidungen in Personalangelegenheiten befugt sind,
 3. Arbeitnehmer, die in häuslicher Gemeinschaft mit den ihnen anvertrauten Personen zusammenleben und sie eigenverantwortlich erziehen, pflegen oder betreuen,
 4. den liturgischen Bereich der Kirchen und der Religionsgemeinschaften.
- (2) Für die Beschäftigung von Personen unter 18 Jahren gilt anstelle dieses Gesetzes das Jugendarbeitsschutzgesetz.
- (3) Für die Beschäftigung von Arbeitnehmern auf Kuffahrtschiffen als Besatzungsmitglieder im Sinne des § 3 des Seemannsgesetzes gilt anstelle dieses Gesetzes das Seemannsgesetz.

§ 19 Beschäftigung im öffentlichen Dienst

Bei der Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben im öffentlichen Dienst können, soweit keine tarifvertragliche Regelung besteht, durch die zuständige Dienstbehörde die für Beamte geltenden Bestimmungen über die Arbeitszeit auf die Arbeitnehmer übertragen werden; insoweit finden die §§ 3 bis 13 keine Anwendung.

§ 20 Beschäftigung in der Luftfahrt

Für die Beschäftigung von Arbeitnehmern als Besatzungsmitglieder von Luftfahrzeugen gelten anstelle der Vorschriften dieses Gesetzes über Arbeits- und Ruhezeiten die Vorschriften über Flug-, Flugdienst- und Ruhezeiten der Zweiten Durchführungsverordnung zur Betriebsordnung für Luftfahrtgerät in der jeweils geltenden Fassung.

§ 21 Beschäftigung in der Binnenschifffahrt

Die Vorschriften dieses Gesetzes gelten für die Beschäftigung von Fahrpersonal in der Binnenschifffahrt, soweit die Vorschriften über Ruhezeiten der Rheinschiffs-Untersuchungsordnung und der Binnenschiffs-

submit information necessary for the execution of this Act and the ordinances enacted on the basis of this Act. Moreover, it may demand that the employer present proof of work shifts and collective bargaining agreements or works or Service agreements within the meaning of § 7 para (1) to (3), §§ 12 and 21 a para. (6) or to submit them for inspection.

(5) The authorized representatives of the regulatory authority are entitled to enter and inspect the workplaces during operating and working hours; outside of this time or in cases in which the workplace is in a private home, they may enter and inspect the premises without the owner's consent solely for the purpose of preventing imperative danger to public safety and order. The employer must permit entry and inspection of the workplace. ³The basic right of the inviolability of the home (Article 13 of the Basic Law (Grundgesetz) is restricted to this extent.

(6) The person obligated to give information may refuse to answer those questions to which a response could subject him or one of his relatives as defined in § 383 para. (1) nos. 1 to 3 of the Code of Civil Procedure (Zivilprozeßordnung) to the risk of prosecution by a criminal court or proceedings for an administrative offense.

Chapter 6. Special Provisions

§ 18 Inapplicability of the Act

- (1) This Act is not applicable to:
1. managerial employees within the meaning of § 5 para. (3) of the Works Constitution Act (Betriebsverfassungsgesetz) as well as the chief of medical staff of a hospital;
 2. heads of governmental Service agencies and their representatives as well as public servants who are authorized to make independent decisions in personnel matters;
 3. employees who share a household with the persons entrusted to them and raise, nurse or care for them on their own responsibility;
 4. the liturgical realm of the churches and the religious societies.
- (2) With regard to the employment of persons under 18 years of age, the Act to Protect Minors at Work (Jugendarbeitsschutzgesetz) shall apply in lieu of this Act.
- (3) With regard to the employment of members of the merchant marines as crew within the meaning of § 3 of the Seaman's Law (Seemannsgesetz), that Law shall apply in lieu of this Act.

§ 19 Employment in Public Service

Where there are no collective bargaining agreement provisions with regard to the assumption of sovereign assignments in public Service, the competent Service agency may apply the provisions governing the working time of civil servants to the employees as well; to this extent, §§ 3 to 13 shall not apply.

§ 20 Employment in Aviation

With regard to the employment of crew members of aircraft, the provisions governing flying time, aviation staff time and rest time as set forth in the valid Version of the Second Regulation for the Implementation of Working Regulations in Aircraft (Zweite Durchführungsverordnung zur Betriebsordnung für Luftfahrtgerät) shall apply in lieu of the provisions of this Act on working and rest time.

§ 21 Employment in Inland Navigation

The provisions of this Act apply to the employment of crew members in inland navigation, insofar as they do not contradict the regulations governing rest times as set forth in the valid versions of the Rhine Ships Inspection Ordinance

Untersuchungsordnung in der jeweils geltenden Fassung dem nicht entgegenstehen. Sie können durch Tarifvertrag der Eigenart der Binnenschifffahrt angepasst werden.

Siebter Abschnitt. Straf- und Bußgeldvorschriften

§ 22 Bußgeldvorschriften

(1) Ordnungswidrig handelt, wer als Arbeitgeber vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen §§3, 6 Abs. 2 oder §21 a Abs. 4, jeweils auch in Verbindung mit § 11 Abs. 2, einen Arbeitnehmer über die Grenzen der Arbeitszeit hinaus beschäftigt,
 2. entgegen §4 Ruhepausen nicht, nicht mit der vorgeschriebenen Mindestdauer oder nicht rechtzeitig gewährt,
 3. entgegen § 5 Abs. 1 die Mindestruhezeit nicht gewährt oder entgegen § 5 Abs. 2 die Verkürzung der Ruhezeit durch Verlängerung einer anderen Ruhezeit nicht oder nicht rechtzeitig ausgleicht,
 4. einer Rechtsverordnung nach § 8 Satz 1, § 13 Abs. 1 oder 2 oder § 24 zuwiderhandelt, soweit sie für einen bestimmten Tatbestand auf diese Bußgeldvorschrift verweist,
 5. entgegen § 9 Abs. 1 einen Arbeitnehmer an Sonn- oder Feiertagen beschäftigt,
 6. entgegen § 11 Abs. 1 einen Arbeitnehmer an allen Sonntagen beschäftigt oder entgegen § 11 Abs. 3 einen Ersatzruhetag nicht oder nicht rechtzeitig gewährt,
 7. einer vollziehbaren Anordnung nach § 13 Abs. 3 Nr. 2 zuwiderhandelt,
 8. entgegen § 16 Abs. 1 die dort bezeichnete Auslage oder den dort bezeichneten Aushang nicht vor nimmt,
 9. entgegen § 16 Abs. 2 oder § 21 a Abs. 7 Aufzeichnungen nicht oder nicht richtig erstellt oder nicht für die vorgeschriebene Dauer aufbewahrt oder
 10. entgegen § 17 Abs. 4 eine Auskunft nicht, nicht richtig oder nicht vollständig erteilt, Unterlagen nicht oder nicht vollständig vorlegt oder nicht einsendet oder entgegen § 17 Abs. 5 Satz 2 eine Maßnahme nicht gestattet.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann in den Fällen des Absatzes I Nr. 1 bis 7, 9 und 10 mit einer Geldbuße bis zu fünfzehntausend Euro, in den Fällen des Absatzes I Nr. 8 mit einer Geldbuße bis zu zweitausendfünfhundert Euro geahndet werden.

§ 23 Strafvorschriften

- (1) Wer eine der in § 22 Abs. 1 Nr. 1 bis 3, 5 bis 7 bezeichneten Handlungen vorsätzlich begeht und dadurch Gesundheit oder Arbeitskraft eines Arbeitnehmers gefährdet oder beharrlich wiederholt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.
- (2) Wer in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 1 die Gefahr fahrlässig verursacht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 180 Tagessätzen bestraft.

Achter Abschnitt. Schlussvorschriften

§ 24 Umsetzung von zwischenstaatlichen Vereinbarungen und Rechtsakten der EG

Die Bundesregierung kann mit Zustimmung des Bundesrates zur Erfüllung von Verpflichtungen aus zwischenstaatlichen Vereinbarungen oder zur Umsetzung von Rechtsakten des Rates oder der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, die Sachbereiche dieses Gesetzes betreffen, Rechtsverordnungen nach diesem Gesetz

(Rheinschiffsuntersuchungsverordnung) and the Inland Navigation Inspection Ordinance (Binnenschiffsuntersuchungsverordnung) respectively. These provisions may be adjusted in a collective bargaining agreement to suit the particular character of the inland navigation.

Chapter 7. Penalties and Fines

§ 22 Fines

- (1) An administrative offense shall be deemed to be committed by an employer who, intentionally or negligently
1. assigns an employee to work beyond the limits of permissible working time in contravention of §3, 6 para. (2) or § 21 a para. (4), in connection with § 11 para. (2),
 2. does not grant a rest break or grants one below the minimum duration or does not grant one at the proper time, in contravention of § 4,
 3. does not grant the minimum resttime in contravention of § 5 para. (1), or does not in due time compensate for the reduction of the rest time by lengthening another rest time, in contravention of § 5 para. (2),
 4. acts in breach of an ordinance pursuant to § 8 sentence 1, § 13 para. (1) or para. (2) or § 24, insofar as that ordinance stipulates a fine in punishment for a specific act,
 5. schedules an employee to work on Sundays or holidays in contravention of § 9 para. (1),
 6. schedules an employee to work on all Sundays in contravention of § 11 para. (1), or does not grant a substitute day off or does not grant it within the deadline in contravention of § 11 para. (3),
 7. acts in breach of an enforceable directive pursuant to § 13 para. (3) no. 2,
 8. does not display or post the documents set forth in § 16 para. (1) in contravention of that provision, does not make the record set forth in § 16 para. (2) or § 21 a para. (7) in contravention of that provision, or
 9. does not make it correctly or does not keep it for the prescribed length of time,
 10. in contravention of § 17 para. (4), does not provide information or gives incorrect or incomplete information, does not present documents or presents them incompletely or does not submit them, or, in contravention of § 17 para. (5) sentence 2, does not permit a measure set forth therein to be taken.
- (2) An administrative offense in the cases of para. nos. 1 to 7, 9 and 10 shall be punished by a fine of up to 15,000 euro, in the cases of para. (1) no. 8 by a fine of up to 2,500 euro.

§ 23 Criminal Law Provisions

- (1) Whosoever, with regard to the actions set forth in § 22 para. (1) nos. 1 to 3, 5 to 7 intentionally commits such an act, thus endangering an employee's health or ability to work, or persistently repeats such an act shall be punished by imprisonment of up to one year or by a fine.
- (2) Whosoever, in the case of para. (1) no. 1, negligently endangers an employee, shall be punished by imprisonment of up to six months or with a fine of up to 180 days of per diem payments (Tagessätze).

Chapter 8. Concluding Provisions

§ 24 Application of International Agreements and Legal Instruments of the EG

The Federal Government may, with the consent of the Upper House of Parliament, enact ordinances for the purpose of fulfilling obligations arising from international agreements or the application of legal Instruments of the Council or Commission of the European Community pertaining to the content of this

erlassen.

§ 25

Übergangsvorschriften für Tarifverträge

Enthält ein am 1. Januar 2004 bestehender oder nachwirkender Tarifvertrag abweichende Regelungen nach § 7 Abs. 1 oder 2 oder § 12 Satz 1, die den in diesen Vorschriften festgelegten Höchststrahmen überschreiten, bleiben diese tarifvertraglichen Bestimmungen bis zum 31. Dezember 2006 unberührt.² Tarifverträgen nach Satz 1 stehen durch Tarifvertrag zugelassene Betriebsvereinbarungen sowie Regelungen nach § 7 Abs. 4 gleich.

§ 25

Interim Provision for Collective Bargaining Agreements

Should on 1 January 2004 an existing or retroactively applicable collective bargaining agreement contain provisions in deviation from § 7 para. (1) or (2) or § 12 sentence 1 which exceed the maximum limits set forth in these provisions, these contractual clauses shall not be affected until 31 December 2006. Collective bargaining agreements pursuant to sentence 1 are equivalent to works agreements permitted by collective bargaining agreements as well as provisions pursuant to § 7 (4).